

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 31 (1937)
Heft: 7-8

Artikel: Die wirtschaftlichen Folgen der Aufrüstung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-137023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Privatpersonen aus Raufgifterzeugung, -Handel und -Schleichenhandel werden diese Summe noch beträchtlich übersteigen.

Als Grundforderung erscheint daher bei der Beschränkung des Mißbrauches von Raufgiften die Ausschaltung von Profitmöglichkeiten. Die aber ist beim heutigen Wirtschaftssystem fast unmöglich. Deshalb gilt es für alle die, welche diese Geißel der Menschheit, die Raufgiffseuche, ausrotten wollen, neue Mittel und Wege zu suchen, ein Wirtschaftssystem herauszubilden, welches für jede Produktion nur Bedarf und Interesse der Gesamtheit im Auge hat: deren Wohl und Würde hat maßgebend zu sein, nicht aber die Profitgier von Regierungen und Privatpersonen.

Lida Gustava Heymann.

Die wirtschaftlichen Folgen der Aufrüstung.¹⁾

Die Herstellung von Kriegsmaterial ist eine Form von öffentlichen Ausgaben. Wie jede andere Form von Ausgaben dieser Art können sie durch Steuern, durch Anleihen oder eine, sei's offene, sei's versteckte Inflation gedeckt werden. In Zeiten der *Krise* sind große Rüstungsausgaben, wie große Ausgaben für öffentliche Arbeiten geeignet, die wirtschaftliche Tätigkeit wirksam anzuregen. Sie können, wo die Nachfrage der privaten Unternehmungen aussetzt, Tausenden von Arbeitslosen Stellung verschaffen, Geld in Zirkulation bringen und so in einem bedeutenden Sektor der Industrie eine Wiederaufnahme der Geschäfte bewirken. Auf der anderen Seite kann ein gemäßigtes Rüstungsprogramm, wenn es mehr durch das Mittel der Anleihe als durch Steuern finanziert wird, die Volkswirtschaft nicht tiefgehend schädigen, unter der Voraussetzung freilich, die auch für die öffentlichen Arbeiten gilt, daß diese Produktion sofort eingestellt wird, sobald in der Privatindustrie Anzeichen einer Besserung eintreten. Aber es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den Rüstungsausgaben und den öffentlichen Arbeiten in dem Sinne, daß jene die Zukunft mit einer Hypothek belasten, ohne zum nationalen Reichtum etwas hinzuzufügen, während man von diesen hoffen darf, daß sie eines Tages endgültig produktiv werden. Dazu kommt, daß die Einfuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie oft zum Nachteil der Einfuhr an Lebensmitteln oder Rohstoffen für die normale industrielle Produktion bewerkstelligt wird. Kurz, es ist unvermeidlich, daß die Rüstungsfabrikation sich im gegebenen Augenblick in eine gewisse Verminderung des nationalen Wohlstandes umsetzt. Wenn sie maßlose Proportionen

¹⁾ Auszug aus dem Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsbureaus in Genf.

Dieses Urteil eines Mannes, der dafür kompetent ist wie wenige, sollte in unseren Tagen um so sorgfältiger beachtet werden, je lauter die Herolde der Aufrüstung deren Vorteile für das Wirtschaftsleben zu preisen pflegen.

Die Red.

annimmt, so zieht sie unweigerlich „das wachsende Opfer des Lebensstandes zugunsten der Waffenmacht“ (Eden) nach sich.

Der Fall verschlimmert sich noch, wenn in einem Lande ein großes Rüstungsprogramm zur Ausführung gelangt, während eine Periode erwachenden Wirtschaftslebens einsetzt, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das Geld, das für die Verwirklichung dieses Programmes ausgegeben wird, ist Geld, das den Privatunternehmungen entzogen wird. Die Arbeitskraft, welche für Zwecke der Zerstörung angewendet wird, ist Arbeitskraft, welche aus den produktiven Betrieben zurückgezogen wird. Die Benutzung der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie schafft eine Teuerung für diejenige Industrie, welche für die Bereicherung des Landes arbeitet. Wenn in Zeiten des Marasmus die Kriegsindustrie einige zeitweilige Gewinne verschaffen kann, die geeignet sind, dem sicheren Verlust, womit sie schließlich bezahlt werden müssen, das Gegengewicht zu halten, so bedeutet diese Produktion in Zeiten der Prosperität eine fast vollständige Verschwendung. Ihre wirtschaftlichen Folgen entgehen in der Tat der Mehrzahl der Staatsmänner keineswegs, auch wenn sie aus Gründen der nationalen Politik sich gezwungen sehen, Rüstungsprogramme ins Werk zu setzen. Léon Blum und Neville Chamberlain, wie auch andere, haben diese Folgen mit großer Offenheit auseinandergesetzt und beklagt; ohne Zweifel würden sie die Schlußfolgerung von Präsident Roosevelt bestätigen, der erklärt, die Hebung der Beschäftigung infolge der Rüstungsproduktion „sei illusorisch, da sie nicht erlaube, eine solide, industrielle Struktur zu schaffen und Verbrauchsgüter zu erzeugen, die einen dauernden Wohlstand begründen könnten, und man wüßte, daß diejenigen Länder, die sich einer solchen Verirrung schuldig machten, unvermeidlich einen Tag würden anbrechen sehen, wo sie vor ein Entweder—Oder gestellt würden: entweder ihre Zerstörungsmaschinerie gegen ihre Nachbarn anzuwenden oder eine ungesunde Wirtschaft wie ein Kartenhaus zusammenstürzen zu sehen“. Daß jedermann von den wirtschaftlichen Gefahren überzeugt ist, welche maßlose Rüstungsprogramme nach sich ziehen, und doch keine gemeinsame Politik einsetzt, die ihrer Verwirklichung Einhalt geböte, gibt uns einen Begriff von dem Aufhören aller vernünftigen Ueberlegung auf dem Gebiete der internationalen Angelegenheiten.

Auf diese Art bedeutet also der Rüstungswettlauf ein Element der Schwäche im Prozeß der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung. Aber viel schlimmer noch ist für diese der *Geisteszustand*, der aus ihm entspringt. Die allgemeine Unruhe, welche die offene Vorbereitung des Krieges in Europa und im Fernen Osten erzeugt, bedeutet ein schweres Hemmnis für die geschäftliche Belebung, die sich abzeichnen begonnen hatte. Solange die Kriegsfurcht so verbreitet sein wird, wie sie es während der letzten Wochen des Jahres 1936 war, wird man umsonst hoffen, daß die Welt wieder ihre volle wirtschaftliche Kraft erlange.

Die Wiederherstellung der internationalen Wechselkurve wird auf tausend Arten durch Maßregeln gehemmt werden, welche ihre Rechtfertigung mehr in militärischen Notwendigkeiten als in volkswirtschaftlicher Weisheit finden. Die Anlagen im Auslande, welche für eine Verwertung der Hilfsmittel des Erdballs unentbehrlich sind, werden weiter durch politische Ueberlegungen und Befürchtungen aufgehalten werden. Niemand wird sein Geld nach auswärts leihen, ohne genügende Bürgschaften für eine Rückbezahlung zu besitzen. Das Vertrauen, das durch die unheilvollen Erfahrungen der Krise stark erschüttert worden war, sieht sich aufs neue durch die Tatsache der politischen Unsicherheit geschwächt. Ein sehr bekannter internationaler Bankier (Sir R. Kimberley) hat kategorisch erklärt: „Es ist unmöglich, daß die Geschäfte weitergehen, wenn man an einen nahen Krieg glaubt.“ Das ist das schwarze Gewölk, das am wirtschaftlichen Horizont aufsteigt. Alle finanziellen, kommerziellen und sozialen Maßregeln, durch die man im Begriffe war, die große Krise der fünf letzten Jahre zu bemeistern, werden sich als unfruchtbar erweisen, wenn das politische und soziale Gerüst unserer Zivilisation fortwährend in Gefahr steht, durch einen neuen Weltkrieg umgeworfen zu werden. So lange nicht ein wirklicher Friede, organisiert und verbürgt durch einen stärker gewordenen Völkerbund, diese Drohung weggeräumt hat, wird der wirtschaftliche und soziale Fortschritt nur zögernd und zweifelhaft sein.

Gott und der Staat.¹⁾

Was aber jenen Gehorsam betrifft, von dem wir festgestellt haben, daß er den Befehlen der Vorgesetzten gebühre, so ist stets das auszunehmen, vielmehr in erster Linie in Betracht zu ziehen, daß er uns nicht von dem Gehorsam gegen den abhalte, dessen Willen sich die Entschlüsse aller Könige nach Gebühr zu fügen, dessen Beschlüssen ihre Ordnungen zu weichen, dessen Majestät ihre Liktorenbündel sich zu unterwerfen haben. Aber wäre es nicht eine große Verkehrtheit, wenn du, um Menschen zu befriedigen, in die Beleidigung dessen verfallen wolltest, um dessentwillen gerade du Menschen gehorchst? Der Herr ist der König der Könige, und wo er seinen heiligen Mund öffnet, so soll er allein für Alle und zugleich über Allen gehört werden. Den Menschen sodann, die uns vorgesetzt sind, sind wir untergeben, aber nur in ihm. Wenn sie etwas befehlen, das gegen ihn geht, so sei es null und nichtig. Damit ziehen wir der Würde, womit die Behörden ausgestattet sind, nichts ab; denn ihr geschieht kein Unrecht, wenn sie sich der Ordnung zu fügen hat, daß sie jener einzigartigen und wahrhaft höchsten Macht Gottes unterworfen ist. Ich weiß auch, wie groß

¹⁾ Dieses Wort, das den Schluß der „Institutio“ Calvins bildet, soll in diesen Zeiten neu auf den Leuchter gestellt werden. D. Red.